

Pressekontakt:

BUND Odenwald, Harald Hoppe - 06163 912174

Bilder zum Abdruck im Zusammenhang mit dieser Pressemitteilung freigegeben

10.04.18 - Pressemitteilung 2018-11: Bad König trickst weiter

Die Stadtverordneten von Bad König haben auf die Feststellungen des BUND, dass Bad Königs Bebauungspläne unter Umgehung geltenden Rechts durchgesetzt werden, mit einem neuen Trick reagiert. Von Einsicht in die aufgezeigten Rechtsmängel der Pläne in Bad König sind die Parlamentarierinnen weit entfernt. Einstimmig beschlossen sie, die Änderung des bisherigen Planes 'Nr. 34 Gewerbegebiet Zell' einzustellen, und statt dessen für den zu ändernden Bereich einen eigenen neuen Plan aufzustellen der den Namen 'Zeller Gewerbezentrum' trägt. Der Planbereich betrifft ausschließlich einen Kfz-Verkaufs- und Reparaturbetrieb und dient dessen Erweiterung. Die Halle, für die das Baurecht durch den Parlamentsbeschluss erst noch geschaffen werden soll, steht bereits seit zwei Monaten.

Hintergrund des juristischen Taschenspielertricks sind die vom BUND auch bei diesem Plan aufgedeckten massiven Verstöße gegen das Baugesetzbuch (BauGB). Die Nutznießer der der bisherigen Planung hatten in Änderungen der Jahre 1999, 2005, 2006, 2007 und 2010 Grundstücke für Ausgleichsmaßnahmen in den Planungsprozess eingebracht – auf die Realisierung dieser Maßnahmen wartet der Umweltverband jedoch bis zum heutigen Tage. Erstaunlich ist die Unkenntnis der juristischen Grundlagen, die die Stadt bei diesen Verfahren an den Tag legt: so wurden Flächen in der Nachbargemeinde Michelstadt für den Ausgleich von Eingriffen in Zell herangezogen, was ohne städtebaulichen Vertrag oder eine entsprechende Planung der Nachbarstadt aber rechtlich ohne Wirkung bleibt. Beides hatte die Stadt Bad König – als Trägerin der Planungshoheit – nicht beachtet.

Nun haben die Stadtverordneten aller Fraktionen einstimmig beschlossen 'was geht uns unser Beschluss von früher an' und haben dem aktuellen Gewerbeplan einfach ein neues Etikett aufgeklebt und hoffen, dass sie damit ihre Pflicht ausreichend erfüllt haben.

Der BUND Odenwald sieht in dem Vorgehen einen Beweis für die Verlogenheit der Bad Königer Politik. Sprecher Harald Hoppe: „Es ist beschämend für das parlamentarische System, wenn im Parlament die aufgezeigten Fehler in der bisherigen Verwaltungs- und Planungspraxis keinerlei Konsequenzen haben. Das Parlament nimmt die jahrzehntelange Ignorierung der umweltbezogenen Festsetzungen in Bebauungsplänen der Stadt offensichtlich nicht zur Kenntnis.“

In Bad König werden damit auch in Zukunft die städtischen Planungen durch das völlige Fehlen von Natur- und Umweltschutz gekennzeichnet sein. Es darf unwidersprochen durch die Kreisbauverwaltung weiter festgestellt werden, dass in Bad König systematisch die Parlamentsbeschlüsse über Bebauungspläne durch die Verwaltung zum Schaden von Natur und Umwelt hintertrieben werden.